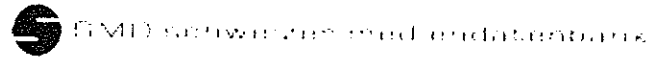


© Der Bund; 06.09.2007; Seite 7



schweiz

Gab es ein Komplott gegen Bundesanwalt Roschacher? Was hat der Justizminister gewusst?

Gewitterwolken über Blocher

In Deutschland aufgetauchte Dokumente legen den Schluss nahe, dass Bundesanwalt Valentin Roschacher gezielt und von langer Hand vorbereitet zum Rücktritt gedrängt wurde. Die Sache hat potenziell grosse politische Sprengkraft: Justizminister Blocher gerät unter Druck.

Patrick Feuz, JÜRIG SOHM

Seit Valentin Roschacher Mitte 2006 seinen Rücktritt als Bundesanwalt bekannt gab, geistern Gerüchte über ein angeblich von Blocher gesteuertes Komplott herum: Demnach soll der Justizminister zusammen mit Verbündeten mittels Diffamierungen auf Roschachers Rücktritt hingewirkt haben. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats (GPK) ist der Sache nachgegangen und hat gestern am späten Abend einen Bericht veröffentlicht.

Den GPK-Bericht im Detail seriös zu würdigen, war für die Journalisten angesichts der knappen Zeit unmöglich. Auf den ersten Blick enthält der Bericht keine Belege für eine direkte Verstrickung Blochers in ein allfälliges Komplott gegen Roschacher. Er bestätigt aber, dass Blocher und Roschacher sich in den Haaren lagen und der Rücktritt des Bundesanwalts alles andere als freiwillig war. Laut GPK hat Blocher im Umgang mit Roschacher seine Kompetenzen überschritten, zum Beispiel, als er ihm eine Medieninformation untersagte.

Der Bericht schildert auch einen Fall von angeblich verletzter Gewaltentrennung. Demnach verfasste SVP-Mitglied Emanuel Hochstrasser, der als Präsident der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts für die fachliche Aufsicht der Bundesanwaltschaft zuständig ist, einen Roschacher-kritischen Brief, den Blochers Generalsekretär Walter Eberle im April 2006 «wörtlich» übernahm und per Fax als EJPD-Schreiben zurück an Hochstrasser schickte. Tags darauf soll Hochstrasser mit diesem Schreiben Roschacher bei einer Anhörung eingeschüchtert haben.

«Brisantes Papier»

Laut der CVP-Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz, Präsidentin der federführenden GPK-Subkommission, gibt es zusätzlich zum Bericht neue Dokumente, die «politisch brisant» sein könnten. Dabei geht es insbesondere um ein Papier, das die deutsche Polizei beim Zürcher Ex-Banker Oskar Holenweger gefunden hat, gegen den Roschacher 2003 ein Verfahren wegen Geldwäsche-Verdachts einleitete. In diesem Dokument sind namentlich Politiker und Journalisten aufgeführt, die zu einem bestimmten Zeitpunkt aktiv werden sollten, um auf Roschachers Absetzung hinzuarbeiten. Unter den aufgelisteten Politikern ist SVP-Nationalrat und Blocher-Intimus Christoph Mörgeli (siehe Text unten). Blocher selber kennt Holenweger aus dem Militär, und Silvia Blocher war eine Schulkollegin Holenwegers. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen Holenweger hatte Roschacher einen mehrfach verurteilten kolumbianischen Drogenhändler namens Ramos als verdeckten Ermittler eingesetzt. Unter anderem deswegen geriet Roschacher unter extremen Druck.

Wie der Bundesrat reagiert

Noch vor der Veröffentlichung des GPK-Berichts am Mittwochabend hatte sich der Bundesrat an seiner ordentlichen Mittwochssitzung zu einem aussergewöhnlichen Schritt entschieden: Auf Antrag von Pascal Couchepin zieht die Regierung eine unabhängige Persönlichkeit bei, «zum Beispiel einen ehemaligen Bundesrichter», der den Bericht aus «juristischer und polit-philosophischer Sicht» bewertet. Gestützt auf die externe Einschätzung, will der Bundesrat anschliessend seine eigene Stellungnahme abgeben. Im Normalfall kommt er ohne Hilfe von aussen aus, wenn es um die Beurteilung von GPK-Berichten geht. Im aktuellen Fall will die Regierung aber dem Vorwurf zuvorkommen, sich vom involvierten Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) parteiisch informieren zu lassen, wie Couchepin vor den Bundeshausmedien darlegte. Es handle sich nicht um einen Akt des Misstrauens gegen Justizminister Christoph Blocher, sondern gehe lediglich darum, «möglichst objektiv zu sein». An einer eigenen Pressekonferenz erklärte Blocher später, er habe nichts dagegen, wenn ein ehemaliger Bundesrichter beigezogen werde. Dieser Entscheid sei nicht gegen seine Person gerichtet. Denn ansonsten müsste der Bundesrat gegen ihn eine Administrativuntersuchung einleiten.

Blocher bezeichnete die Komplottvorwürfe als «Hirngespinnst» und «Ammenmärchen». Er sei nie in ein Komplott gegen Roschacher involviert gewesen und könne mit gutem Gewissen sagen: «Es ist nichts.» Ob irgendjemand sonst etwas gemacht habe, wisse er nicht. Auch Vorwürfe, er habe die Gewaltentrennung verletzt, wies Blocher von sich: Er habe sich nie in die Arbeit der Bundesanwaltschaft eingemischt. Im Gegenteil: Im Fall Holenweger habe er Roschacher gleich am Anfang orientiert, dass er den Mann von früher her kenne und deshalb nichts über den Fall wissen wolle. Blocher erklärte gestern, er habe Holenweger 20 Jahre nicht mehr gesehen und sei von diesem wegen der laufenden Ermittlungen nie angegangen worden. Wenn er mit Emanuel Hochstrasser, dem Präsidenten der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts, über Roschacher geredet habe, sei es dabei immer nur um die Abgrenzung der Zuständigkeit gegangen. Hochstrasser hat die fachliche Aufsicht über die Bundesanwaltschaft und Blocher die administrativ-finanzielle. Inzwischen hat der Bundesrat diese Doppelzuständigkeit aufgelöst.

Auffällig ungenau äusserte sich Blocher zum Vorwurf an seinen langjährigen Vertrauten und heutigen Generalsekretär Walter Eberle, wonach dieser einen Brief Hochstrassers kurzerhand in ein offizielles EJPD-Schreiben umgewandelt habe. Zuerst sagte Blocher, dieser Fall sei ihm «nicht im Detail bekannt». Dann sagte er, es sei «nichts Problematisches» daran.

Neue Dokumente sichergestellt

«Geheimplan» in zwei Bundesordnern

Die Dokumente, die laut CVP-Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz von «erheblicher Tragweite» sein könnten, wurden am vergangenen 16. März in Deutschland sichergestellt. Der Zürcher Ex-Bankier Oskar Holenweger, gegen den die Bundesanwaltschaft wegen Geldwäscherei ermittelt, wurde damals von der deutschen Polizei angehalten. Dabei wurden Dokumente im Umfang von zwei Bundesordnern sichergestellt – Unterlagen in Papierform und elektronische Datenträger.

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats (GPK), die seit einem Jahr die Umstände des Rücktritts von Bundesanwalt Valentin Roschacher untersucht, erhielt im August Kenntnis davon. Sie hat die Dokumente bisher nicht im Original, sondern lediglich in Form von Fotos gesehen. Um an die Originale zu gelangen, ist die Zustimmung Deutschlands erforderlich.

Wie Lucrezia Meier-Schatz, Präsidentin der zuständigen GPK-Subkommission, gestern Abend vor den Medien erklärte, handelt es sich «wahrscheinlich um den Zeitplan zur Vorbereitung und Durchführung der Absetzung von Bundesanwalt Roschacher». Der Plan sei wie ein militärischer «H-Plan» aufgebaut, nach dem Muster «Wer tut was,

bis wann, und wer informiert wen?» Der Plan sei mittels Flip-Charts visualisiert und enthalte Namen von Journalisten, Nationalräten und weiteren Personen, deren Aufgaben bei der Roschacher-Absetzung umschrieben seien. Sichergestellt sei auch ein Zeitplan in Papierform, den Holenweger bereits seit längerer Zeit in seiner Agenda mitgeführt haben müsse.

Bis jetzt steht nicht fest, ob die Dokumente echt sind und ob die Personen effektiv eine Rolle beim Roschacher-Rücktritt gespielt haben. Auffällig sind laut Meier-Schatz aber die «Parallelen» des Absetzungsplans zu den Ereignissen, wie sie sich effektiv abgespielt haben. «Zeitplan und Chronologie scheinen sich zu decken.» So sei der Plan auf Juni 2006 ausgerichtet und damit auf die Phase, in welcher der Druck auf Roschacher effektiv am grössten wurde. Am 5. Juli 2006 kündigte Roschacher seinen Rücktritt als Bundesanwalt an.

Kürzel «CB»

Die GPK hat laut Meier-Schatz einstimmig beschlossen, den Dokumenten weiter nachzugehen. «Die Wahrheit muss ans Licht», sagte GPK-Präsident und FDP-Nationalrat Jean-Paul Glasson. Vorderhand geht die GPK-Subkommission der Sache nach. Die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) erachte man als ungeeignet, weil ein solches Vorgehen zu langem dauern würde.

Die GPK-Vertreter gingen nicht auf Namen ein, die in den Dokumenten auftauchen. Meier-Schatz sagte indes, das Kürzel CB komme vor. Bundesrat Christoph Blocher hatte noch vor der Orientierung der GPK jegliche Geheimplan-Vorwürfe als «Hirngespinnst» zurückgewiesen (siehe Text oben).

Der «Tages-Anzeiger» berichtete gestern, in den Holenweger-Dokumenten aufgeführt seien unter anderem die Nationalräte Christoph Mörgeli (svp) und Filippo Leutenegger (fdp). Mörgeli sagte gestern auf Anfrage, das bei Holenweger gefundene Papier sei eine «Telefonliste». Dass er darauf figuriert, stört Mörgeli nicht: «Das ist nichts Besonderes», denn er kenne und schätze Holenweger seit langem. Roschacher habe sich an Holenweger festgebissen und dessen Existenz und Ehre zerstört. «Ich vertrete Bürger, denen Unrecht geschieht.»

Jürg Sohm